

Bevölkerung. Ich glaube, dass es viele Menschen gibt, die Freunde unter gut integrierten Ausländern haben. Das Problem ist, dass die gut integrierten Ausländer kein Thema sind. Man muss erst einmal in die Zeitung kommen, damit man bemerkt wird, und das ist dann meistens negativ. Bei uns in Bosnien haben die Leute wenig aus dem Krieg gelernt, es sind wieder Nationalisten an der Macht. Man kann nicht Politik machen, wenn man nur sagt, der und der ist schlecht. Strache hat recht in manchen Punkten, wenn er zum Beispiel gegen Verschleierung ist, wir sind ja in Europa. Aber ich finde es extrem und brutal, gut integrierte Leute abzuschieben, Kinder sowieso. Ich glaube, die Rechte, die uns zugestanden wurden, gibt es heute für Flüchtlinge nicht mehr.

In Österreich wird oft gefragt: »Wozu Ausländer?«

Da sehe ich zwei Punkte: Erstens die wirtschaftliche Bedeutung. Ich kenne keine Zahlen, aber ich denke, dass in der Baubranche, im Pflegebereich und so weiter Arbeitskräfte einfach gebraucht werden. Der Bedarf ist sicher da. Zweitens: Ich bin ein sozialer und weltoffener Mensch. Deshalb denke ich, dass man von anderen auch etwas lernen kann, die Sprache, die Kultur, die Geschichte. Das alles interessiert mich.

Kosten? Nutzen? Bedrohung?

Anstelle eines Vorworts

Erstes Kapitel, in dem steht, warum es ein Inländer-Problem gibt, wieso alternde Gesellschaften ohne etwas im Boden besser etwas in der Birne haben sollten, und weshalb Ausländerfeindlichkeit Jobs kostet.

*Mord, Raub, Drogen, AMS Stammgastkultur,
Muselmanenmusik in voller Lautstärke
rund um die Uhr, Dreck überall, e-cardmissbrauch ...
Töle Bereicherung!*

Poster Bimbo, diepresse.com

Sie begehen 70 Prozent aller Straftaten. Jeder zweite Mann bekommt im Laufe seines Lebens eine Strafanzeige. Nur knapp jeder Fünfte ist Nettozahler in die Staatskasse. Von Bildung scheinen sie nicht viel zu halten, denn bei internationalen Schülervergleichstests und in den Universitäts-Rankings geht's bergab. Jedes Zehnte ihrer Kinder benötigt schon in der Volksschule sprachliche Förderung. Nicht einmal jeder Fünfte von ihnen hat einen Hochschulabschluss. Kein Wunder, nur jeder dritte Erwachsene nimmt regelmäßig ein Buch zur Hand. Dafür nehmen sie Jahr für Jahr 70 Milliarden Euro an Sozialleistungen in Anspruch. Ihre Ernährungsgewohnheiten kosten das Gesundheitssystem 450 Millionen Euro jährlich allein für Arzneimittel. Das sind 20 Prozent der gesamten Medikamentenkosten. In nur zehn Jahren hat sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger verdoppelt. Wer verdient, was das alles kostet, wenn nur mehr jeder Zweite von ihnen ab dem 55. Lebensjahr noch arbeitet? Mit durchschnittlich 58,5 Jahren gehen sie in Pension. Dann werden sie fürs Nichtstun bezahlt, auch wenn sie – wie man überall sehen kann – nicht nichts tun können. Obwohl sie wegen der steigenden Lebenserwartung keineswegs kürzer in Pension wären als die Ruheständler vor ihnen, weigern sie sich, länger zu arbeiten. 44 Jahre lang hatte ein Pensionist des Jahres 1970 gearbeitet und dann noch knapp neun Jahre Ruhestand vor sich. 2005 betrug die Lebensarbeitszeit nur mehr 36 Jahre, die in Pension 24

Jahre. Trotzdem bürden sie lieber den jüngeren Generationen, die lebenslange feste Anstellungen bald nur mehr vom Hörensagen kennen, auch noch die Pensions- und Schuldenlast der Zukunft auf.

Es ist nicht zu leugnen: Österreich hat ein veritables Inländer-Problem.

Jedenfalls wenn man die eingesessene Bevölkerung aus dem Blickwinkel betrachtet, der üblicherweise den »Ausländern« vorbehalten ist. Sind sie Gesprächsthema, geht es um Defizite und Probleme: Arbeitslosigkeit, Sozialmissbrauch, Bildungsmisere, Parallelgesellschaft, Kriminalität. Die Ausländer können den Inländern nichts recht machen.

Vor Jahrzehnten haben sie die ersten »unqualifizierten Analphabeten aus irgendeinem Bergdorf« (Innenministerin Maria Fekter) geholt, bettelarme Leute, damit sie hier die schwersten und undankbarsten Arbeiten verrichten. Sie sollten ihren Teil zum wachsenden Wohlstand beitragen, nur die niedrigsten Löhne fordern und weiter keine Schwierigkeiten machen. Darüber hinaus hat man sie sich selbst und ihren zum Teil archaischen Traditionen und Bräuchen überlassen. Heute wundern sich die Eingessenen, dass sie in Österreich zwar eine neue Heimat gefunden haben, aber eine erhebliche Anzahl von ihnen trotzdem nicht »integriert« ist. Auch ihren Kindern hat jahrzehntelang niemand mit speziellen Bildungsangeboten unter die Arme gegriffen, um ihnen den sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Noch 50 Jahre nach dem Eintreffen der ersten Gastarbeiter schafft es die Mehrheitsgesellschaft nicht, einen beträchtlichen Teil ihrer Nachkommen mit ausreichenden Kompetenzen auszustatten, damit sie sich in der Wissensgesellschaft zurechtfinden.

Davon haben die Inländer jetzt genug. Neuerdings wollen sie, wenn überhaupt, nur mehr gut ausgebildete, »qualifizierte Zuwanderer«. Die sind zwar auch jetzt schon da. Aber der Arzt und der Diplomingenieur mit Migrationshintergrund muss Taxi oder Kran fahren, die Chemikerin putzt, die Lehrerin sitzt an der Supermarktkasse, der Elektrotechniker arbeitet als Aushilfsgärtner. Nicht, dass an diesen Tätigkeiten etwas auszusetzen wäre. Aber die Inländer merken doch gelegentlich an, dass die Dequalifizierten dadurch nicht so viel zum Sozialprodukt beitragen wie sie aufgrund ihrer formalen Ausbildung eigentlich könnten. Der Weg zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist allerdings steinig. Selbst ausländische Studenten, die hier die Hochschule absolviert haben, stehen vor hohen Einstiegshürden in den Arbeitsmarkt. Deshalb ziehen sie weiter, nachdem Österreich für ihre

Ausbildung aufgekommen ist. Von all den Potenzialen der Zuwanderer ist selten die Rede, und wenn, dann von Gefahrenpotenzialen, neuerdings auch vom Wählerpotenzial.

Auch so lässt sich die jüngere Geschichte des Zuwanderungslandes Österreich erzählen. Warum ist sie nicht anders verlaufen? Sind die Inländer ausländerfeindlich? Das Verhältnis der Eingessenen gegenüber den Zugewanderten ist zumindest gespalten. Sie bedrohen den Sozialstaat, heißt es. Deshalb wünscht sich ein Drittel der Inländer, die Regierung solle besser gleich einen Zuwanderungs-Stopp erlassen. Schwierig, denn dadurch würde das Erwerbspotenzial sofort sinken, was fatal für die Wirtschaftsleistung – und für den Sozialstaat – wäre. Entgegen ihrem Wunsch haben die Inländer andererseits kein Problem mit der slowakischen Pflegerin, die ihre alte Mutter betreut, mit der philippinischen Krankenschwester, die sie im Spital versorgt, oder mit ihrer tschechischen Putzfrau. Die sie dann, wie der Bevölkerungsforscher Rainer Münz maliziös anmerkt, bei der Sozialversicherung vergessen anzumelden. So enthalten sie dem Sozialsystem Beiträge vor und befeuern gleichzeitig die Nachfrage nach weiteren Zuwanderern.

Allen Beschwerden zum Trotz scheint auch jeder persönlich Ausländer zu kennen, die den weit verbreiteten Klischees so gar nicht entsprechen. Aber für jede positive persönliche Erfahrung setzt es gleich ein negatives Gegenbeispiel. Für jeden subjektiven Eindruck gibt es einen anderen, der ihn relativiert. Das Patchwork anekdotischer Evidenz ergibt ein höchst widersprüchliches Gesamtbild. Zur Standortbestimmung zwecks Beantwortung der Frage, ob Zuwanderung Österreich nützt oder schadet, taugt es kaum. Genauso wenig wie die gängigen Schlagzeilen und Parolen: Die einen sehen alles, was Österreich ausmacht, durch Zuwanderung gefährdet. Die anderen meinen, Zuwanderung bedeute immer Bereicherung. Gibt es noch jemanden, der dieses Zukunftsthema konstruktiv auf die öffentliche Agenda hebt? Die Debatte versachlicht? Es bietet sich an, die offenen Fragen an jene zu richten, die es gewohnt sind, auf methodisch nachvollziehbare Weise zu Antworten zu gelangen: Die Statistiker und Bevölkerungsforscher, die Wirtschafts- und Sozialforscher, die Migrations- und Meinungsforscher. Um ihre Schlussfolgerungen dann auf die gängigsten Einstellungen und Vorurteile gegenüber Migranten zu übertragen: Liegen sie dem Sozialstaat auf der Tasche? Nehmen sie den Eingessenen die Arbeit weg? Übernehmen die Muslime das Land mittels höherer Geburtenraten? Sind Ausländer krimineller?

Für die Frage, wer sich mehr vor wem fürchtet, sind die Meinungsforscher zuständig. Die sagen: Die Angst vor Zuwanderern ist dort am größten, wo es am wenigsten von ihnen gibt.

Dieser Befund bestätigt das apodiktische Urteil des Philosophen Niklas Luhmann: »Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.«

In diesen Medien werden Ausländer tendenziell als Täter (oder Opfer) dargestellt. Eine erste Erklärung für die Furcht vor den anderen liefern also nicht mehr ganz taufrische Erkenntnisse der Kommunikationswissenschaft: Auch wer mehr Krimis schaut, fühlt sich subjektiv unsicherer. Selbst dann oder gerade wenn die Kriminalitätsbelastung dort, wo er lebt, objektiv besonders niedrig ist. Aufschlussreicher wird es an Orten, wo Zuwanderer und Eingesessene regelmäßig aufeinandertreffen: in den Ballungsräumen. Einer unveröffentlichten Umfrage aus dem Frühjahr 2010 zufolge stört zwei Drittel der in der Bundeshauptstadt beschäftigten ausländischen Spitzenkräfte die fremdenfeindliche Atmosphäre im Land. Viele ihrer weniger hoch qualifizierten Landsleute fühlen sich sogar unsicher bis bedroht. Das soll der attraktive und lebenswerte Standort Österreich sein? In dieser Grundstimmung liegt eine massive Bedrohung. Wenn 2014 auch auf Österreichs Arbeitsmarkt die letzten Zugangsbeschränkungen fallen, ist nur mehr ein kleiner Teil der Zuwanderung – jene aus Drittstaaten außerhalb der EU – steuerbar. Innerhalb der Europäischen Union darf sich dann jeder Arbeit und Wohnsitz suchen, wo es ihm beliebt. Auf die gefragten Facharbeiter und Top-Arbeitskräfte – die um sich herum wieder Jobs schaffen – wird ein Klima der Fremdenfeindlichkeit aber wenig Anziehungskraft ausüben. Nicht Ausländer kosten Arbeitsplätze. Ausländerfeindlichkeit tut das.

Den Ökonomen geht es um die volkswirtschaftlichen Effekte von Zuwanderung. Womit wir bei Kosten und Nutzen wären. Vielen missfällt der Gedanke, Menschen nur nach ihrer Eigenschaft als Nettozahler in das Sozialsystem und unter wirtschaftlichen Nutzungskriterien zu betrachten. Es ist auch eine extrem unvollständige Perspektive. Andererseits leben wir in einer Zeit der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Wer sich mit seinem Standpunkt durchsetzen möchte, muss letztendlich auch der wirtschaftlichen Rationalität Genüge tun. Außerdem lassen sich bestimmte Zusammenhänge eben am besten in Zahlen beschreiben. Zum Beispiel der zwischen Steuer- und Beitragszahlern in das Sozialsystem und den Leistungsbeziehern daraus. Denn Zuwanderung und Integration sind nur Bestandteile eines größeren Projekts: der Erhaltung der solidarischen Versicherung von Lebensrisiken wie

Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, Altersarmut. Das System der sozialen Sicherung ist farbenblind: Die Nationalität derer, die einzahlen und entnehmen, ist ihm egal. Gleichzeitig hat es eine Schwäche: Es benötigt eine ausreichende Anzahl Erwerbstätiger, die mit ihren Steuern und Abgaben die sozialstaatlichen Leistungen finanzieren. Darin liegt die nächste Bedrohung: Wegen der niedrigen Geburtenraten werden die produktiven Geburtsjahrgänge der Inländer kleiner. Deshalb führt in alternden Gesellschaften wie Österreich, die noch dazu Hochlohnländer und von Exporten abhängig sind, kein Weg an möglichst qualifizierter Zuwanderung vorbei. Und gleichzeitig an einer Bildungsoffensive für alle, die schon da sind (die eingessene Bevölkerung eingeschlossen). So lässt sich eine kleinere Zahl Erwerbstätiger durch ihre bessere Ausbildung – und damit höhere Leistungsfähigkeit – wettmachen.

»Eine Volkswirtschaft kann trotz weniger Beschäftigter immer reicher werden«, sagt der Wirtschaftsforscher Alois Guger. »Es kommt nicht darauf an, wie viele Menschen ich habe. Sondern wie produktiv sie sind.«

Bildung macht aber nicht bloß fit für den Arbeitsmarkt. Sie dient bekanntlich auch der Persönlichkeitsentwicklung und eröffnet Lebenschancen.

Als der Bevölkerungsforscher Wolfgang Lutz dem Wirtschaftsnobelpreisträger Gary Becker die Zusammenhänge zwischen Bildung einerseits und besserer Gesundheit, geringerem Risiko von Arbeitslosigkeit, leichter Integration, höherer Lebenserwartung und höherem Wirtschaftswachstum andererseits auseinandersetzte, antwortete der: »Wenn ich so darüber nachdenke, dann fällt mir überhaupt nichts ein, wofür nicht mehr Bildung deutlich besser wäre als weniger.«

Entgegen einem verbreiteten Vorurteil erwecken Zuwanderer ohnehin nicht den Eindruck, ihre Tage mit dem Plündern des Sozialsystems zu verbringen. Ayse, die uns die Haare schneidet, Dr. Bakhru, der unsere Kinder behandelt, Frau Dugonjic, die sie unterrichtet, Herr Sablic, der die Heizung wieder in Gang bringt, Frau G., die künftige Polizisten ausbildet, Rolf, der am Biozentrum forscht, Sanja aus der Buchhandlung, Herr Hong, der das China-Restaurant betreibt, Andrew, der im Symphonieorchester spielt, und eine ganze Reihe erfolgreicher zugewanderter Unternehmer, Kulturschaffender und Sportler: Sie alle kommen in der defizitorientierten Integrationsdebatte gar nicht vor, weil sie längst so sehr Bestandteil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens sind, dass sich die Frage stellt: Wozu ist die Unterscheidung in Inländer, Ausländer oder »Personen mit Migrationshintergrund« im Alltag überhaupt noch gut?

»Integration ist dann gelungen, wenn man gar nicht mehr darüber sprechen muss«, sagt der Migrationsexperte Kenan Güngör.

Insgesamt verläuft sie viel erfolgreicher, als die breite Öffentlichkeit das wahrnimmt. Zuwanderer halten ganze Branchen am Laufen, darunter jene, die immer noch die niedrigsten Löhne bezahlen. Sie sind kürzer arbeitslos als Inländer und Nettozahler in die Sozialsysteme. 64 Prozent aller Personen mit Migrationshintergrund arbeiten, bei den Eingesessenen sind es 74 Prozent. Der Unterschied ist vorwiegend auf die niedrigere Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen. In der Bundeshauptstadt ist das Verhältnis bei Männern sogar umgekehrt: 60 Prozent der männlichen Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind erwerbstätig, bei jener ohne Migrationshintergrund sind es 49 Prozent. Bei den Frauen arbeiten jeweils 46 Prozent.

Dass in der Migrationsdebatte ständig von Problemen und Belastungen die Rede ist, »verstellt den Blick auf all jene Zugewanderten, die ein ganz normales Durchschnittsleben führen«, sagt auch Reiner Klingholz, Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Einer, der hierzulande häufig Kritik für seinen ungebrochenen Optimismus einstecken muss, ist Heinz Fassmann von der Universität Wien. »Ich sehe die ungeheuren Integrationsleistungen, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben – bei einer beachtlichen Zahl von 1,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund«, sagt der Geograf und Bevölkerungsforscher. Wenn Migranten einmal nicht bloß Gegenstand der Debatte sind, sondern (wie auch in diesem Buch) selbst gefragt werden, gibt die überwiegende Mehrheit (83 Prozent) an, sich völlig oder eher integriert zu fühlen. 70 Prozent zeigen sich mit der österreichischen Gesellschaft, der Lebensart und den Werten, nach denen die Menschen hier ihr Leben ausrichten, einverstanden. Unabhängig von Geschlecht und Alter sagen 86 Prozent der zugewanderten Bevölkerung, dass sie in Österreich völlig oder eher zu Hause sind. Und das, obwohl es in der Vergangenheit häufig eine »desintegrative Immigrationspolitik« (Reiner Klingholz) gegeben hat, die meiste Zeit praktisch überhaupt keine. Wie würde sich die Lage erst darstellen, wären nicht bereits Jahrzehnte kaum genützt verstrichen?

Denn es ist auch kein Geheimnis, dass die Integrationserfolge verschiedener Gruppen von Zuwanderern – oder besser: von Gruppen innerhalb dieser Gruppen – ganz unterschiedlich sind. Die Probleme der Vergangenheit werden sich nicht wiederholen: Der größte Teil der Zuwanderung kommt schon heute aus dem EU-Raum. Jener aus Drittstaaten wird künftig immer

stärker gesteuert. Was bleibt, sind zum Teil erhebliche Altlasten. Migranten aus Westeuropa haben überhaupt kein Problem mit ihrer Integration. Bei jenen aus Osteuropa sind gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aufstieg beachtlich. Weniger gut schlagen sich Zuwanderer aus einigen Ländern Ex-Jugoslawiens. Der Problembär ist die Türkei. Die türkischstämmige Zuwanderergemeinde bringt zwar einerseits die erfolgreichsten Migranten hervor. Gleichzeitig schneidet in der Gesamtbetrachtung aber keine andere Gruppe im Integrationsvergleich so schlecht ab – selbst dann, wenn die Zuwanderer schon lange in Österreich leben oder sogar hier geboren und aufgewachsen sind. Eine große Anzahl der Nachkommen der Gastarbeiter hat den sozialen Aufstieg nicht geschafft. Von den türkischstämmigen Eltern verfügen die Hälfte der Mütter und 43 Prozent der Väter höchstens über einen Pflichtschulabschluss, jede fünfte Mutter über gar keinen Schulabschluss. Türkische und jugoslawische Zuwanderer sind überwiegend Arbeiter, weist die Statistik Austria aus. Das spielt deshalb eine Rolle, weil in Österreich die Herkunft immer noch sehr stark die Zukunft bestimmt. Mit anderen Worten: Auch die gesellschaftliche Schichtzugehörigkeit und das Bildungsniveau der Eltern behindern den sozialen Aufstieg ihrer Nachkommen.

Kinder sind nicht dumm, und alle Kinder verfügen über Potenziale. Die Mehrheitsgesellschaft muss sich deshalb die Frage gefallen lassen, warum sie nicht rechtzeitig Schritte gesetzt hat, um zu verhindern, dass Kinder in denselben Kreislauf aus geringer Bildung und Arbeitslosigkeit geraten wie ihre Eltern. Wie der Nachwuchs der Zuwanderer ins früh selektierende und sprachhomogene österreichische Schul- und Ausbildungssystem integriert werden kann, wird zwar schon seit Jahren diskutiert. Maßnahmen spezieller Förderung, etwa das verpflichtende letzte Kindergartenjahr und der vermehrte Einsatz von muttersprachlichen Begleitlehrern, gibt es aber erst seit relativ kurzer Zeit. Selbst dabei handelt es sich um einen »bunten Strauß von Einzelmaßnahmen« und nicht um einen »flächendeckenden, konsistenten oder kohärenten Policy-Mix«, urteilt die Migrationsforscherin Barbara Herzog-Punzenberger von der Universität Wien.

Das österreichische Schulsystem hat außerdem auch den Eltern immer schon viel abverlangt. Denn wer niemanden hat, der die Unterrichtssprache spricht, bei Hausübungen und beim Lernen für Prüfungen hilft, versteht, was im Mitteilungsheft steht und an Elternabenden teilnimmt, der bleibt zurück. Die Folge: Es sind immer noch die Söhne vieler Zuwanderer aus den klassischen Gastarbeiter-Ländern, denen ihre im Schnitt markant schlechte-

ren schulischen Leistungen den Weg auf den Arbeitsmarkt von vornherein versperren.

Oder ihre Schwestern, die höchstens die Pflichtschule abschließen, weil die »Gewohnheiten und die Kultur südlicher Dörfer, Sippen, Märkte und Moscheen«, so Islam-Experte Christopher Caldwell, das so vorsehen. Es gibt Kinder, denen man wünscht, dass sie ihre Eltern unbeschadet überstehen und ihr Leben möglichst früh selbst in die Hand nehmen. Dazu zählen jene, in deren Familien eine Kombination aus archaischen Lebensmustern, wenig Bildung und starker Frömmigkeit eine dominierende Rolle spielt.

Jede Religion prägt Wertvorstellungen, Denken und Handeln. Es ist noch nicht allzu lange her, dass sie in Österreich aus ihrer Stellung als »Lebensmacht« (Max Weber) dorthin zurückgedrängt wurde, wo sie hingehört: in den Bereich privater Sinngebung. Dass über die Religion soziale Kontrolle ausgeübt wird, die Mädchen von Bildung fernhält, Frauen die Selbstbestimmung abspricht und sie auf Gedeih und Verderb ihren Ehemännern ausliefert, sollte in Österreich der Vergangenheit angehören. Die umfangreichste in den vergangenen Jahren durchgeführte Integrationsstudie zeigt aber, dass das nicht der Fall ist: Eine »relevante Minderheit der weniger Gebildeten und schlechter Qualifizierten« und »eine relativ große Gruppe religiös-politisch orientierter Muslime« hat Schwierigkeiten mit der westlich-aufgeklärten Sicht auf Familie, Partnerschaft, Geschlechterrollen und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Selbst 82 Prozent der jungen Männer islamischen Glaubens finden, die Frau gehöre an den Herd. Und zwei Drittel der jungen muslimischen Frauen stimmen ihnen zu. Verstärkt treten diese Einstellungen bei Migrantinnen auf, »die sich primär in einem türkischsprachigen Umfeld bewegen (Sozialkontakte, Medienverhalten, Sprachkenntnisse)«, erklären die Studienautoren. Das »anatolisch-archaische Denken«, meint der *Kurier*-Kolumnist Peter Rabl, sei immer noch verantwortlich dafür, dass die Zukunftschancen Zehntausender Jugendlicher vergeudet werden, mit negativen Folgen für die gesamte Gesellschaft: Es wird sich zeigen, dass nicht nur höhere Bildungsabschlüsse, sondern auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen notwendig sein werden, um die Finanzierung des Sozialsystems künftig sicherzustellen. Dieses Ziel ist nicht erreichbar, wenn große Gruppen von Zuwanderern weiterhin in der sozial schwächsten Schicht und unter sich bleiben. Oder wenn weiterhin eine altertümliche Auslegung ihrer Religion in den Schulunterricht und in die Kultureinrichtungen getragen wird, die sie noch stärker von der Mehrheitsgesellschaft isoliert. Unveränderbar ist die Lage nicht: Wie wäre es sonst zu erklären, dass so viele Muslime in-

tegriert sind und – wie jene aus dem Iran oder die Aleviten – sogar zu den erfolgreichsten Zuwanderern zählen?

Zur Behebung von Defiziten ist es notwendig, sie zuerst zu benennen. Werden sie zum Tabu erklärt, weil sich bloß niemand benachteiligt fühlen soll, dann entsteht erst recht Benachteiligung und außerdem »eine Stimmung, die man nur bei Wahlen bemerkt«, sagt der Philosoph Rudolf Burger. Nach den Kollateralschäden einer gescheiterten Gastarbeiter-Politik und einer Phase des Schönfärbens kann ein Neuanfang deshalb nur mit dem Blick auf noch nicht gehobene Potenziale beginnen – und unter dem Gesichtspunkt des größeren, gemeinsamen Projekts der Sicherung von Wohlstand und der Funktionstüchtigkeit des Sozialstaates. Denn auch bei Zuwanderern »liegt das Humankapital einer Gesellschaft, die auf die demografische Katastrophe zusteuert«, sagt der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky. Eine Einsicht, die sich auf den Transparenten protestierender Studenten mit der zutreffenden Aufschrift manifestiert: »Ein Land, das nichts im Boden hat, muss etwas in der Birne haben.« Die sozialen und fiskalischen Kosten der Nicht-Integration wären hoch. Die Kosten für Integration stellen deshalb keine Last dar, sondern eine Investition in die Zukunft. Dass mehr zu gewinnen ist als zu bezahlen, lässt sich berechnen.

Auch der Blick auf die Potenziale von Zuwanderung verändert nicht sofort die Lage. Aber dafür die Stimmung. Integrationsunwillige Zuwanderer müssen verstehen: Es hat keinen Sinn, wenn sie so bleiben, wie sie sind. In einer neuen aufnehmenden Gesellschaft ist ein gewisses Maß an Anpassung notwendig. Wenn türkischstämmige Kindergartenkinder auf Wunsch ihrer Eltern an einem Besuch im Stephansdom nicht teilnehmen dürfen, ist eine Grenze überschritten. Integrationsunwillige eingesessene Österreicher müssen akzeptieren: Die eigene Kultur stellt nicht den Gipfel des Erreichbaren dar, Integration bedeutet deshalb nicht Assimilation. Im Gegenteil, sie gelingt erwiesenermaßen am erfolgreichsten jenen Zuwanderern, die offen für die neue Kultur sind, ihre eigenen Ursprünge jedoch nicht vergessen. Zukunft braucht eben Herkunft. Die Kurz- und Langzeit-Österreicher werden sich arrangieren müssen, sonst lässt sich unser komfortables Dasein nicht in die Zukunft fortschreiben. Gründe genug, um die versprengten Ansätze der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Österreich endlich zu einem langfristigen Gesamtkonzept auszubauen, die Agenden einem eigenen Ressort zu übertragen, die unsinnigsten Parolen einzustellen und sich sachlich der Lösung der verbleibenden Probleme zu widmen.